

KOMMENTAR

Einfluss auf städtische Unternehmen

Nachsitzen in Sachen Macht

VON ANDREA GLITZ

Die kleine Linke Liste, die mit ihren zwei Mitgliedern nicht mal den Fraktionsstatus zuerkannt bekommen hat, bohrt an einem dicken Brett mit ihrem Antrag »Stärkung Bürgernähe, Transparenz und kommunale Demokratie«.

Der Untertitel umreißt die Zielrichtung: »Heraus aus den geheimen Aufsichtsräten – die strategische Ausrichtung städtischer Unternehmen gehört in den Gemeinderat«.

Kern des Antrags ist der Wunsch nach mehr Fortbildung in einer komplexen Materie: die Möglichkeiten der Einflussnahme auf städtische Tochterunternehmen wie GWG, Stadtwerke oder Fair-Energie, aber auch der Informationsfluss aus den Töchtern in den Gemeinderat.

Dass die Linke breite Zustimmung quer durch die Fraktionen erhält, spricht für sich. Die juristische Gemengelage sei »eine Zumutung für die Räte«, sagt einer, der sich von Berufswegen gut auskennt: der CDU-Stadtrat und Gesellschaftsrechtler Dr. Karsten Amann.

Das Ergebnis: Verunsicherung. Schöpfen die Räte deshalb ihre Einflussmöglichkeiten nicht aus, etwa im Hinblick auf die Wohnungsbaupolitik der GWG?

Wenn Karsten Amann Sätze sagt wie »Was die GWG macht, erfahre ich aus dem GEA« oder »Was GWG und Fair-Energie machen, damit hat der Gemeinderat nichts zu tun«, müssen Bürger ins Grübeln kommen.

Die Linke formuliert mit ihrem Antrag – den Oberbürgermeisterin Barbara Bosch zunächst nicht eben wohlwollend behandelt hat – ein Ansinnen, das jeden Kommunalpolitiker umtreiben sollte. Angesichts der anspruchsvollen Materie kann Fortbildung nie schaden: Denn ein schlecht informierter Gemeinderat ist ein schwacher Gemeinderat.

andrea.glitz@gea.de